

30.12.2011 - Polen: Containersiedlungen

In Polen gibt es große Wohnungsprobleme. Die meisten Menschen haben keine reichen Brüder und Schwestern, die ihnen Häuser sanieren und bauen. Die, die Geld haben, kaufen sich zunehmend Wohnungen in geschlossenen Wohnanlagen. Da sind sie unter sich, es gibt einen Wachschutz, der ihnen den Pöbel fernhält. Die Bürgermeisterin von Warschau schickt ihre Verwaltungsangestellten nach Rio de Janeiro, damit sie sich ansehen, wie dort das Problem der wachsenden Stadtbevölkerung gelöst wird. Einige polnische Städte sind dabei, Lösungen zu finden. So kamen die Stadtherren von Poznan auf die Idee, Containersiedlungen am Stadtrand zu errichten. Geplant ist, mehr als 300 Wohnungen in der Innenstadt zwangsweise zu räumen. Die Mieten in der Innenstadt steigen, saniert wird aber nicht. Viele Leute können diese Mieten nicht mehr bezahlen. Solch ein Volk wollen die Stadtherren nicht mehr im Zentrum ihrer Stadt ? schließlich will die sich von ihrer besten Seite zeigen. Und es gibt genug Besserverdienende, die das Geld haben, in der Innenstadt zu wohnen, ihnen würden schöne sanierte Häuser geboten.

Seit Jahren gibt es viele Initiativen gegen Zwangsräumungen. Sie machten darauf aufmerksam, dass Schwangere und Mütter mit Babys widerrechtlich zwangsgeräumt wurden. Sie besetzten Häuser und Hausflure. Bei der Umsiedlung in Container schienen sie keine Chance zu haben. Da brachten linke Aktivisten, die bei Palikot auf die Liste (und ihm auf den Leim) gegangen sind, den bekannten Politiker dazu, mit ihnen gegen die Zwangsräumungen aufzutreten. Nun ist die Zwangsräumung für viele erst einmal bis zum Frühjahr ausgesetzt. Hoffentlich bleibt das nicht ein Feigenblatt. Sonst schafft die Politik dieser «Bewegung» nicht nur Containersiedlungen, sondern vielleicht auch Favelas à la Rio.

Nachtrag

Am 16.11. haben in Warschau Mitglieder von Mietervereinen zwei Zwangsräumungen verhindert. In einem Fall sollte eine ältere kranke Frau auf die Straße gesetzt werden, die Wohnung gehört der Armee. In einem anderen Fall erschien der Gerichtsvollzieher mit der Polizei bei einer Frau mit einem 4-jährigen Kind. Da nicht abzusehen war, ob der Gerichtsvollzieher wiederkommt, wurden vor der Wohnung Wachen organisiert.

In Danzig wurde ein «Rettungsdienst» eingerichtet, nachdem die Mieten um 150% gestiegen sind und die Stadt dabei ist, Containersiedlungen zu schaffen. Der



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

Rettungsdienst wurde von zwei sozialen Bewegungen des Namens «Nichts über uns ohne uns» und «Kanzlei der sozialen Gerechtigkeit» gebildet. Der Dienst vermittelt Hilfe und kümmert sich auch um alle sonstigen Fragen. Aufkleber in der Stadt geben Hinweise: «Dir wird bei uns geholfen ? ruf an!»